



Wanderer

Älteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Wanderer erscheint werktäglich, mittags. - Bezugspreis monatlich in Deutsch-Oberschl. für auswärtige u. amtliche Anzeigen 40000 deutsche M., für Ortsangelegenheiten 25000 deutsche M., in Poln.-Oberschl. für auswärtige u. amtliche Anzeigen 100000 polnische M., für Ortsangelegenheiten 75000 polnische M.; in Poln.-Oberschl. für auswärtige u. amtliche Anzeigen 2000 poln. M., für Ortsangelegenheiten 1500 poln. M., Reklame-rum-Beile 6000 und 4000 poln. M., Angebots- u. Auktionsvermittlung 5000 M. und Porto, Beilagengebühr 25000 M. pro. Bei gerichtl. Mitwirkung, bei Aktord. od. bei Konkurs fällt jede Rabattemöglichkeit fort

Stresemann will Poincaré antworten

Das Loch im Netz

Schieber und Rotverordnng. Berlin, 28. August. Was ein Schieber ist, weiß jedermann. Es ist eine zeitgemäße Wirtschaftspolitik, die durch den Anreiz der Währung und durch die Verarmung von Millionen Menschen reich geworden ist. Als er noch 'Kriegsgewinnler' hieß, suchte man die Verantwortung das errastete Vermögen durch Vermögenssteuer, progressive Einkommensteuer, Kapitalertragsteuer usw. wieder abzugeben. Über sehr wenig Neuverdienst zog sich in seine geschmacklos aber sehr ausgetastete Erage zurück, hielt sich Telephon an dem Mund, oder auch zwei, und raffte weiter. Aber auch der besondere Spitzname Stagen-Schieber immer, geschätzter Mieter ohne Grundbesitz über Kapitalertrag (schlechte alle Geschäfte durch den Anreiz ab). Sein wachsendes Vermögen legte er in Aktien - diese Bezeichnung ist durch ein Preissteigen der Aktien geworden - entweder in Aktien, die er nicht zu verkaufen brauchte, oder in Aktien, die er verkaufen konnte. Als man in der vorigen Woche daranging, den Vermögensstand von Staat, Wirtschaft und Volk in der Stunde durch außerordentliche Steuererlasse zu bereinigen, war Gelegenheit gegeben, die Rücklagen der Schieber an ihre tiefe Verachtung zu zeigen. Die Rhein-Ruhrabgabe ist ein Beispiel für den deutschen Gläubiger, zu erinnern, dass er wieder nichts gesehen! Weder das Steuererlass noch die Devisenverordnung des Finanzministers Hinderling werden sich an die Schieber. Die Rhein-Ruhrabgabe ist ein Beispiel für die Vorauszahlung der Einkommensteuer an den Staat. Der Schieber hat sein Einkommen nie angegeben und man kommt ihm niemals auf die Schliche. Die Befreiung der Betriebe der Schieber hat keinen Betrieb. Er macht höchstens ein Geschäft in den Weinbergen, Schieberhotels, bei den Mühlungen und Damenbädern, die ihm allerdings seinen Lebensweizen durch schändliche Angelegen der Polizeibehörden vor der Nase weggerissen werden. Die Landwirtschaft ist ein Beispiel für den Schieber mit der Landwirtschaft. Was hat der Schieber mit der Landwirtschaft zu tun? Nur, soviel er vielleicht da und dort die Ernte aufkauft und sie zurückführt oder im Getreidehandel. Diese Steuer aus der Hunderten Millionen der Bevölkerung frucht er ganz allein ein, nämlich die Automobilsteuer. Sie tut ihm nicht weh. Meist hat er schon bei dem bisherigen Steuererlass einen Ertrag gefunden, um wenig oder nichts zu bezahlen. Geradezu ins Fräulein aber lacht sich der Schieber angesichts der Devisenabgabe. Mit seiner ganzen Wesentlichkeit dieser bitteren Zeit gerichtet hat er sich längst heraus, daß die Rotverordnung sich auf diejenigen Steuerzahler bezieht, die die Vorauszahlung leisten müssen. Nur bei diesen Steuerzahlern vermindert der Staat den Verlust. Das ist der heiligste Grundsatz der praktischen Politik des allgütigen Reiches. Wer gerade durch dieses Loch im Netz sich hochschaukelnd der Schieber. Er ist nicht oder nur ganz gering zur Vorauszahlung verpflichtet, weil er sein wirkliches Vermögen verschwiegen hat. Er wird also nicht nach Devisen gefragt. Er kommt nicht zum Eid. Aber gerade er ist der große Devisen-Schieber. Er ist wie der Windwurf seiner auf seinen Schützen. Er hat die fremden Kammern in heimlichen Sofas oder zwischen den Lehnen seiner Ledergestühle, goldschmiedet, Bibliothek. Woher er die Edelsteine hat, weiß von der Hand, dort konnte er sie jedenfalls seit länger Zeit nicht mehr kaufen. Sondern aus ganz anderen Quellen, von den Angehörigen der Fremdenindustrie, von Kellnern, Friseurinnen, kleinen Devisen, die auch ein bisschen hantieren und spekulieren wollen, dann aber plötzlich wieder reiches Geld brauchen, weil die Rechnung steigt. Die Steuern werden gesteuert. Der Schieber - in seinen heißt er immer noch reichlich - hält aus. Wie kommt man nur dem Schieber bei? Wie man aus ihm die Devisen heraus? Wie heißt man die Räder im Gefäß? Antwort: Durch stärkere Überwachung des wilden Devisenverkehrs, durch Überwachung der Devisenflüsse und der Devisenbörsen vor den Wechselbörsen, welche letztere ja heute in den Straßen der Großstädte häufiger zu finden sind als - Bedürfnisbefriediger, auch durch strengere Kontrolle in den 'Bestren' Hotels, den Hotels, wo man sich nicht langweilt und wo man sich allerdings nur noch Schieber zu treffen findet. Überwachung der Geldbewegung auf alle Devisenbewegungen und solche Personen, bei denen man Devisenbewegungen verraten kann. Polen, ein Emporkommungsstaat, dem man nicht viel Weisheit und Erfahrung zutraute, hat mit seinem Geldzug gegen den Schieber guten Erfolg erzielt. Sollte das in Deutschland mit seinem immer noch so vielen Vermögensstand nicht möglich sein!

Ein weiterer Schritt zur Verständigung

Berlin, 28. August. (Eig. Meldg.) Das Kabinett wird heute nachmittag zusammenkommen, um sich mit der Sonntagsrede Poincarés zu befassen. In der letzten Rede Poincarés erblickt der Kanzler eine Notigung, die einer Aussprache bedarf. Stresemann hofft, durch diese Aussprache einen weiteren Schritt zur Verständigung mit Frankreich zu tun.

Pariser Hoffnungen

Genf, 27. August. Das offizielle Journal de Debats berichtet die französische Öffentlichkeit in ihrem Sonntagsartikel auf die Einstellung des pariser Widerstandes im besetzten Gebiet vor. Das offizielle Blatt sieht in den letzten Reden Stresemanns das offene Bekenntnis zu Verhandlungen. Auch der Berliner Korrespondent des 'Matin' meldet alle Reden Stresemanns bewiesen die Entschlossenheit des neuen Kanzlers, sich mit Frankreich zu verständigern und den Rückzug Deutschlands in der Ruhrfrage einzuleiten. In der gleichen Nummer meldet der 'Matin' aus Düsseldorf, daß am 1. September 13 französische Banken eigene Niederlassungen im Ruhrrevier errichten und daß die über die Bankrotte abgeschlossenen Mietverträge auf eine Zeit bis 1930 lauten.

Pommern ohne Zeitungen

Stettin, 27. August. Die Katastrophe der Zeitungsgewerbe hat die gewerblichen Betreibungen der in Frage kommenden Berufsstände veranlaßt, beim Reichspräsidenten in Stettin gegen die Massenklindungen Einspruch zu erheben. Sämtliche pommerschen Zeitungen haben beschloffen, Mittwoch keine Zeitung mehr heraus zu geben. Die jetzt erfolgten Klindungen, die mit einigen Ausnahmen das gesamte buchdrucktechnische Personal umfassen, würden eine Stilllegung des gesamten Stettiner Zeitungswesens umfassen, wenn nicht rechtzeitig Mittel und Wege gefunden werden, um diesen Schlag gegen das gesamte politische und wirtschaftliche Leben und gegen die Buchdruckergehilfen abzuwehren.

Der Kampf um Hadenstein

Berlin, 28. August. Am Montag beschäftigte sich das 'Vorwärts' zufolge erneut ein Kabinettssitzung mit der Neuabsetzung der Reichsbankleitung. Insbesondere steht die Nachfolgerschaft eine große Rolle. Wie verlautet, ist als Nachfolger Hadenstein eine Persönlichkeit ausersuchen, die auf Grund der von ihr bisher geführten Reparationsverhandlungen einen guten Ruf und schließlich auch eine Gewähr für beständige Zusammenarbeit mit dem Reichskabinett bietet.

Englische Hoffnungen auf die belgische Note

Belgiens Antwort auf dem Wege nach London - Zwei Vorschläge - Keine dauernde Besetzung des Ruhrgebiets - Einberufung einer interalliierten Minister-Konferenz

London, 27. August. (Eig. Ber.) Die belgische Antwortnote ist heute vormittag Sir George Graham, dem englischen Botschafter in Brüssel, überreicht worden und befindet sich auf dem Wege nach London. Ihr Text wird morgen bereits in Brüssel veröffentlicht werden. Die belgische Regierung hat gleichzeitig Antwort auf die Note dem englischen Botschafter in Paris zur Übermittlung an Baldwin und Lord Curzon in Vaguelles geschickt. London, 28. August. In politischen Kreisen ist man hoffnungsvoll gestimmt. Man weiß darauf, daß die belgische Note wahrscheinlich zwei konkrete Vorschläge enthalten wird, zu denen die englische Regierung Stellung wird nehmen müssen, nämlich das Reparationen von Deutschland verlangt werden können, ohne das Ruhrgebiet dauernd besetzt zu halten und den Vorschlag auf Einberufung einer Konferenz der alliierten Premierminister. In hiesigen belgischen Kreisen wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Belgie die Belgier mit Poincarés Zustimmung durch diese Note zwischen Belgien und London gebaut habe, die englische Regierung veranlassen werde, ihrerseits einen Beitrag zur Lösung der europäischen Probleme zu liefern, indem das Londoner Kabinett der neuen deutschen Regierung freundschaftlich nahe lege, den politischen Widerstand abzubauen, da Frankreich und Belgien nunmehr genügend Beweise gegeben haben, daß sie bereit seien, über eine wirtschaftlich durchführbare Regelung und vorläufige Begrenzung der deutschen Reparationen zu verhandeln.

Poincarés „Wararuf“

(-) Genf, 27. August. Der Temps meldet, Poincarés Rede in Chaffey verlangt keine Antwort durch Stresemann. Frankreich ist überzeugt, daß Herr Stresemann in längstens drei Wochen die Zwecklosigkeit des weiteren deutschen Widerstandes eingesehen haben wird. Das Beispiel Frankreichs 1918, um die Dauer der Okkupation abzukürzen, möge endlich von Deutschland nachgeschaut werden. Früher geht Poincaré aus Deutschland nicht wieder heraus. Wie Poincaré dem Abgeordneten Dupuis in Chaffey mitteilte, hat er nicht die Absicht, die Berichtigungen der Zeitungen des neuen Kanzlers fortzusetzen, seine Rede an Deutschlands Adresse sei der letzte Warnruf gewesen.

Vor neuen Verordnungen der Regierung

Berlin, 27. Aug. Entscheidungen des Reichskabinetts hinsichtlich der Ruhr- und Reparationsfrage sind bis jetzt noch nicht gefallen. Die letzte Kabinettsitzung vor der Kanzlerreise nach Bayern hat sich mit innerpolitischen Angelegenheiten, besonders mit dem Projekt Bayerns gegen die Presse-Ausnahmeverordnung befaßt. Wie wir erfahren, seien unmittelbar nach der Rückkehr des Kanzlers aus Süddeutschland eintreffende Verfügungen des Reiches hinsichtlich der Lebensmittelpreisbestimmung bevor, auf die der Reichsfinanzminister Silberding in seiner letzten sogenannten 'Beruhigungsansprache' an die Gewerkschaftsvertreter Sonnabendabend eingehend hingewiesen hat.

Verhäufung der Lage im Ruhrgebiet

Düsseldorf, 27. August. Im Ruhrrevier ist eine neue Verhäufung der Lage eingetreten. Die Gruben waren am Sonnabend nur zum kleineren Teil in der Lage, die Millionenwerke an die Reparationsarbeiten auszuführen. Die Teilschrecks werden allorts wieder aufgenommen. Im Gebiete von Essen, Gelsenkirchen, Bochum und Mülheim sind viele Arbeiter Montag früh nicht eingetroffen. In Werden und Krefeld haben auch die Textilarbeiter die Arbeit eingestellt und verlangen einen Stundenlohn von 20 Goldmarken, was 160000 Papiermark entspricht. Man befürchtet neue Unruhen.

Hardings letzte Erklärung

Washington, 27. August. Was man aus Washington: In einem Briefe des Präsidenten Harding, den er am 15. Juni geschrieben hat, wird die Zustimmung für einen Referendumplan ausgedrückt, den verschiedene amerikanische Autoritäten zu Gunsten des Eintrits Amerikas in die außeramerikanische Politik vorge schlagen hatten. Präsident Harding schreibt in diesem Brief: Ich war lange davon überzeugt, daß die Vereinigten Staaten in den Völkerbund weder eintreten könnten, noch einzutreten beabsichtigen könnten. Aber diese Überzeugung hat sich in mir erschüttert. Meine Hoffnung ist es, daß sich ein Weg finden möge, eine Gesellschaft der Staaten zu schaffen. Harding erklärt, seine Beweise lassen es nicht zu, gerade über den politischen Angelegenheiten der übrigen Welt gleichgültig zu bleiben und das amerikanische Volk dürfe nicht mehr weiter in seiner Isolierung verharren. Präsident Harding ging mit dem Plane von, einen deutschen Kontrakt aufzunehmen zu raten, als der Tod seine Pläne zunichte machte.

Baldwins Absichten

Rotterdam, 27. August. Die Times geben eine neue Fassung Baldwins über die französische Note zu den Vertretern der Trade Union wieder. Der Premierminister sagte: Wir erwarten jetzt von Deutschland einen Schritt, der unsere Freunde in Paris beeinflussen wird. Die französische Note hat die alte im Weltkrieg erhaltene Freundschaft Frankreich zu England wieder an. Wie werden die Verhandlungen fortsetzen und die Einbeziehung Deutschlands zu den Besprechungen antreiben.

Stresemann bedient Vertrauen

Kom, 27. August. Die Rede Stresemanns hat hier einen guten Eindruck gemacht. Es wird betont, daß sie sich von der Unbestimmtheit der Vorgänger frei gemacht habe, und der wahren Sachlage richtig ins Gesicht blicke. Stresemann verdiene bei seiner Verankerung des Zahlungswillens Deutschlands Vertrauen. Die nächste Konferenz müsse beweisen, ob London und Berlin, die bisher durch ihre Worte herbeigeführte Annäherung nun auch tatsächlich einer Verständigung den Weg geöffnet hätten.

Sollmann über die Lage

Prag, 28. August. Das sozialdemokratische Organ 'Rabo Lidu' veröffentlichte eine Unterredung ihres Korrespondenten mit dem deutschen Reichsminister des Innern, Sollmann, der unter anderem ausführt: Die Reichsregierung ist in einer schweren Situation, weil die Erhaltung der Ruhe und Ordnung dadurch erschwert ist, daß die gesamte Gegendmacht in den Händen der Landesregierungen liegt. Es läßt sich erwarten, daß die Landesregierungen mit Rücksicht auf die Schwere der Situation, die Vermittlungen der Reichsregierung erleichtert werden.

Stresemann über die Koalitionsregierung

München, 27. August. Der Hauptkorrespondent der 'Münchener Neuesten Nachrichten' hatte in Nittenwald eine Unterredung mit dem Reichskanzler Dr. Stresemann, der u. a. erklärte: Die jetzige Koalition ist die stärkste Zusammenfassung parlamentarischer Kräfte, die wir im neuen Deutschland bisher gekannt haben. Eine Reihe Fragen, die in der nächsten Zeit zur Erledigung kommen sollen, werden unter Umständen nur auf dem Wege sogenannter diktatorischer Maßnahmen zu lösen sein. Die heutige Regierung habe alle freisprechenden Elemente auch innerhalb der jetzigen Koalition, aufgefordert, mitzuarbeiten, insbesondere die Bayerische Volkspartei. Der Reichskanzler erklärte weiter, daß die Regierung eine Befestigung des seit langer Zeit vertretenen Gedankens der großen Koalition sei. Der Generaldirektor einer der größten deutschen Weltunternehmungen, Geheimrat Dulsberg, habe mit Zustimmung der von ihm vertretenen Kreise, die Zusammenfassung aller Kräfte betont. Die Rotverordnung über die Devisenbeschaffung sei ein erster Schritt zur inneren Annäherung. Die Reichsbank müsse die Finanzpolitik des Reiches stützen und tragen. Die Durchführung der Reichsbankpolitik durch Maßnahmen der Reichsbank würde zu einer unermöglichten Situation führen. Von ihrer Zusammenarbeit mit der Reichsregierung sei auch die Personalfrage abhängig, die gegenwärtig in der Presse vielfach erörtert werde.

Die Rheinlandkommission befürchtet Unruhen

Münster, 28. August. Wie der 'Rheinisch-westfälischen Zeitung' gemeldet wird, hat die Rheinlandkommission die Regierungen der deutschen Länder, die durch die Rheinlandbesetzung betroffen sind, ersucht, Vertreter zu einer Konferenz der Rheinlandkommission über die Ernährungslage ins besetzte Gebiet zu entsenden. Die Rheinlandkommission beabsichtigt die Einleitung damit, daß durch die jetzige schlechte Lebensmittellage Unruhen entstehen und diese die Sicherheit der rheinischen Besatzung gefährden könne. Dem Ersuchen wird von den Ländern im Einvernehmen mit der Reichsregierung stattgegeben werden und zwar werden sich die Delegierten am Donnerstag in Koblenz einfinden.